



NEUSTART FÜR GRAUBÜNDEN

Positionspapier der SP Graubünden
Beschlossen am ausserordentlichen Parteitag vom 19. Mai 2018



NEUSTART FÜR GRAUBÜNDEN

Graubünden steht wegen dem Baukartell-Skandal unter Druck. Die Reputation der Baubranche ist am Tiefpunkt. Wirtschaft, Verwaltung und Politik haben viel Vertrauen verloren. Der Kanton als Ganzes hat einen Imageschaden erlitten. Die Verantwortung tragen die fehlbaren Baumeister sowie diejenigen Amtsstellen und Politiker, die aktiv weggeschaut haben oder sogar in das Kartell involviert waren. Grundlage für ihre Vergehen und Fehlleistungen war der Filz zwischen Teilen von Wirtschaft, Verwaltung und Politik. Damit muss jetzt Schluss sein.

Wenn die Politik die Schuld beim Whistleblower, den Medien oder bei der WEKO sucht, wäre der Schaden für Graubünden noch grösser. Graubünden muss den Skandal aus eigener Kraft aufarbeiten und die Konsequenzen ziehen. Dabei darf es keine Halbheiten geben.

Graubünden braucht einen politischen Neustart. Dafür setzt sich die SP Graubünden ein.

1. AUFKLÄRUNG: UNSERE HALTUNG ZEIGT ERSTE ERFOLGE.

Die SP Graubünden hat von Anfang an eine klare Haltung eingenommen: Wer Preise abspricht, der betrügt. BauherrInnen, MieterInnen und Steuerzahlende wurden um Millionen gebracht. Darum braucht es eine lückenlose Aufklärung der Ereignisse und Verantwortlichkeiten. Auf Basis dieser Resultate sind die rechtlichen, personellen und politischen Konsequenzen zu ziehen.

Für die Aufklärung aller Aspekte dieses Skandals, braucht es neben den Untersuchungen der Regierung und den Verfahren der Staatsanwaltschaft das stärkste politische Mittel: Eine Parlamentarische Untersuchungskommission (PUK). Die Geschäftsprüfungskommission (GPK) und die Präsidentenkonferenz (PK) werden dem Grossen Rat beantragen, eine PUK einzusetzen. Das wäre die erste PUK in der Geschichte Graubündens. Wir begrüssen den mutigen Schritt der GPK und der PK. Er ist auch ein Erfolg unserer klaren Haltung. Die Aufklärung ist aufgegleist, wenn der Grosse Rat in der Junisession dem Antrag von GPK und PK folgt. Das ist wichtig. Es geht um nichts mehr aber auch um nichts weniger als die Glaubwürdigkeit unserer Institutionen. Es wird die Herkulesaufgabe der kommenden Jahre sein, das verspielte Vertrauen in unsere Institutionen wiederherzustellen.

2. INHALTE: UM WAS ES JETZT GEHT.

Nur Aufklärung genügt nicht. Denn die wirtschaftlichen Schwierigkeiten bleiben bestehen. Darum fordert die SP einen politischen Neustart für den Fortschritt in Graubünden. Es ist wichtig, dass Graubünden aus dem Baukartell-Skandal lernt *und* zugleich einen Schritt vorwärts macht.

Graubünden kann diesen Schritt nach vorn schaffen, ohne auf illegale Mittel wie Kartelle zurückzugreifen. Mit neuen Köpfen und neuen Ideen. Mit Investitionen in Bildung, Forschung und Kultur. So stärken wir Innovation, die Grundlage wirtschaftlichen Wachstums. Mit mehr Pioniergeist bei Klimaschutz und Digitalisierung meistern wir die Herausforderungen der Zukunft. Und: Mit Massnahmen für bezahlbaren Wohnraum und Kinderbetreuungsangebote sowie dem Einsatz für kulturelles Schaffen machen wir Graubünden lebenswert. Das hat Zukunft – das ist Fortschritt.

Das vorliegende Positionspapier zeigt in der Schlussphase der Wahlkampagne nochmals auf, wie die SP Graubünden den Schritt nach vorn schaffen will. Das Positionspapier ist nicht umfassend – dafür konkret. Nach den Geschehnissen der vergangenen Wochen stehen alle Parteien und auch ihre Kandidaten in der Pflicht, den WählerInnen ihre Ideen und Interessen transparent darzulegen. Jetzt braucht es Programm. Worthülsen und Allgemeinplätze gehen nicht mehr.

2.1. MASSNAHMEN GEGEN DEN FILZ

Die Enthüllungen um das Baukartell offenbarten, dass zahlreiche Politiker in den Skandal involviert sind. Wer spielte welche Rolle? Wer hat sich schuldhaft oder fahrlässig verhalten? Das sind Fragen, die die PUK beantworten muss. Für die SP Graubünden braucht es auf jeden Fall politische Massnahmen gegen den Filz:

Governance-Kriterien verschärfen: Die Bündner Regierung wählt unter anderem den Bankrat, den Verwaltungsrat der RhB und zahlreiche Mitglieder anderer strategischer Gremien. Die

Anforderungskriterien sind dahingehend zu verschärfen, dass sichergestellt ist, dass die Mitglieder der Gremien in jeder möglichen Interessenskonstellation zweifelsfrei die Interessen des Kantons, des Gemeinwohls, vertreten können.

FORDERUNG 2

Schaffung einer unabhängigen Ombudsstelle beim Kanton: Solche Ombudsstellen sind in grossen Unternehmen Standard. Sie schützen WhistleblowerInnen. Eine solche Meldestelle verhindert, dass MitarbeiterInnen und BürgerInnen aus Angst vor persönlichen Nachteilen Missstände einfach akzeptieren.

FORDERUNG 3

Nach Regierungstätigkeit nicht sofort in den Verwaltungsrat wechseln: Immer wieder kommt es vor, dass PolitikerInnen nach ihrer Regierungstätigkeit direkt ein Verwaltungsratsmandat in der Privatwirtschaft annehmen. Das stärkt den Filz. Regierungsmitglieder erhalten ein Ruhegehalt. Ziel dieses Ruhegehaltes ist es unter anderem, die persönliche Unabhängigkeit der Regierungsmitglieder zu sichern. Die SP Graubünden fordert, dass **Regierungsräte eine Karenzfrist oder ein Konkurrenzverbot von drei Jahren auferlegt wird, bevor sie Verwaltungsratsmandate annehmen.** Bisher setzte man auf Anstand und Moral. Das ist leider zu wenig.

2.2. FIT FÜR DIE ZUKUNFT MIT DIGITALISIERUNG UND KLIMASCHUTZ

Graubünden muss die grossen Herausforderungen der Zukunft meistern. Das sind Digitalisierung und Klimaschutz. Hier braucht es mehr Pioniergeist. Die Politik ist gefordert, mit innovativen MacherInnen aus der Gesellschaft endlich anzupacken statt nur zu reden.

Graubünden ist von den Folgen des Klimawandels stark betroffen. Schneemangel oder Umweltschäden sind zwei Beispiele. Gleichzeitig kann Graubünden als Wasser- und Sonnenkanton von der Energiewende profitieren. Und: Mit einem umfassenden Gebäudesanierungsprogramm wird die Energieeffizienz erhöht und der Bauwirtschaft kann – nach Aufklärung des Skandals und Ahndung aller Schuldigen – zu einem doppelt sauberen Neustart verholfen werden.

FORDERUNG 4

Masterplan «Zukunftssprung Graubünden»: Den Parteitag 2018 widmete die SP Graubünden der Digitalisierung. Die Kernforderung des verabschiedeten Positionspapiers ist der Masterplan «Zukunftssprung Graubünden». Der Masterplan zeigt die konkreten Schritte auf, wie unsere Randregionen dank schnellen Leitungen in der ganzen Welt zu Zentren werden. Dazu braucht es einen Digitalisierungsfonds, um eine zeitgemässe Basisinfrastruktur der schnellen Leitungen und ein Kompetenzzentrum zu finanzieren. **Der Digitalisierungsfonds ist mit CHF 40 Mio. zu finanzieren, die dem Topf für «systemrelevante Infrastrukturen» entnommen werden.**

FORDERUNG 5

Energiewende anpacken: Der Kanton schraubt die Ziele für den Ausbau von Solarenergie hoch und **richtet dazu einen Solarfonds ein**, der die Finanzierungshilfen des Bundes ergänzt und die die Investitionen in die Solarenergie beschleunigt. Zusätzlich sorgt der Kanton zur Förderung der Elektromobilität, zusammen mit den privaten Anbietern, für ein flächendeckendes Netz an Ladestationen, die mit einheimischer, erneuerbarer Energie betrieben werden. So kann die Energiewende angepackt und gleichzeitig werden neue, gute Arbeitsplätze geschaffen. Natürlich kommt der Wasserkraft in der Energiewende eine Schlüsselrolle zu. Dabei ist für uns klar: Die Wasserzinsen bleiben!

FORDERUNG 6

Ein Angebot an die Bauwirtschaft: Heute wird in Graubünden Heizöl und Erdgas im Wert von CHF 130 Mio. importiert. Bis 2020 könnte dieser Wert um rund einen Drittel reduziert werden. Für die dafür notwendige, beschleunigte Sanierungstätigkeit braucht es stärkere Impulse. **Es braucht zusätzlich zum nationalen Gebäudeprogramm (das mit der Energiestrategie 2050 ausgebaut wird) ein ergänzendes Förderprogramm des Kantons, um die Sanierungsrate und die Energieeffizienz wesentlich zu erhöhen.** So schafft die Energiewende neue Arbeitsplätze in allen Regionen Graubündens. Vor allem aber: Die Bauwirtschaft erhält die Möglichkeit zu einem doppelt sauberen Neustart.

2.3. FORTSCHRITTLICHE POLITIK FÜR MEHR LEBENSQUALITÄT

Wer über die Zukunft Graubündens spricht, darf nicht vergessen: Es geht um die Bündnerinnen und Bündner. Nur wenn wir und alle potentiellen Neu-BündnerInnen hier leben wollen, kann die Wirtschaft prosperieren. Es braucht darum eine fortschrittliche Politik für mehr Lebensqualität. Wir müssen dafür sorgen, dass die Bündnerinnen und Bündner für ihren Steuerfranken mehr bekommen. Und gerade wir in Graubünden brauchen die offene Gesellschaft. Sie macht uns als Tourismuskanton für Reisende

aus aller Welt attraktiv und ist zugleich die Grundlage für Lebensqualität jeder Gesellschaft im 21. Jahrhundert.

Den Kantonsfinanzen geht es gut. Der Kanton muss das Kantonsvermögen jetzt in die Attraktivität und Lebensqualität unseres Kantons investieren.

FORDERUNG 7

Steuern fair senken: Graubünden kann es sich leisten, die Steuern für die kleinen Einkommen und den Mittelstand zu senken. Die Steuersenkungen für einige wenige müssen aber ein Ende haben. **Darum fordern wir, dass der Steuerfreibetrag (bei den Einkommenssteuern) von heute CHF 15'000 auf CHF 17'500 erhöht wird. Davon profitieren alle, vor allem der Mittelstand.** Und jene, die es am nötigsten haben, können in diesem Sinne aus der Steuerpflicht entlassen werden. Das ist fair und gerecht. Die Steuerauffälle dieser Massnahme betragen rund CHF 20-25 Mio./Jahr. Das können wir uns leisten. Vor allem dann, wenn der Kanton auf ungerechte Steuerreformen verzichtet oder diese rückgängig macht (Senkung Erbschaftssteuer mit Ausfällen von CHF 4 Mio./Jahr und Senkung Gewinnsteuern von Unternehmen von 16.7% auf 16.1% mit Ausfällen von CHF 9 Mio./Jahr).

FORDERUNG 8

Moderne Familienpolitik: Graubünden braucht die besten Schulen und mehr Kinderbetreuung. Das sind wir unseren Kindern und ihren Eltern schuldig. Auch unsere Volkswirtschaft profitiert davon. **Der Kanton soll CHF 15 Mio. pro Jahr (bis jetzt CHF 6 Mio.) in den Ausbau und die Verbilligung der familienergänzenden Kinderbetreuung investieren.** Dazu erhöht der Kanton den Beitragssatz pro Betreuungsstunde/Kind von heute 20% auf neu 50%. Mit dem Beitrag der Gemeinden (20%) führt das dazu, dass Eltern neu nur noch 30% der Kosten selbst tragen müssen. Das macht Graubünden für junge Familien attraktiv und wirkt dem Brain-Drain entgegen. Bis anhin mussten Eltern 60 Prozent der Kosten selbst tragen. Das ist ungerecht und volkswirtschaftlich unvernünftig.

FORDERUNG 9

Mehr Kultur: Die beste Kulturpolitik ist wirkungslos, wenn die Mittel fehlen. Wir fordern darum zusätzlich zu den heutigen Budgetmitteln und den Projektmitteln aus dem Landeslotteriefonds einen **Kultur-Rahmenkredit im Sinne einer Kulturreserve von CHF 24 Millionen, verteilt auf die nächsten acht Jahre.** Unsere Kultur muss uns das Wert sein. Die Förderung des Kulturschaffens in unserem Kanton entfaltet eine direkte Wirkung. Unsere Steuergelder werden in Graubünden investiert, schaffen Arbeitsplätze und unterstützen Laienkultur und professionelles Kulturschaffen. Kultur hat vor allem einen gesellschaftlichen Wert. Der positive Nebeneffekt der Kulturreserve soll aber nicht verschwiegen werden. Der Tourismus wird massgeblich davon profitieren.

FORDERUNG 10

Mehr bezahlbarer Wohnraum: Wohnen ist ein wichtiger Faktor der Lebensqualität und ein grosser Kostenfaktor in jedem Haushalt. **Wir fordern darum eine verstärkte Förderung der gemeinnützigen Wohnbauträger.** Sie sind die privatwirtschaftliche Lösung, die dafür steht, dass Raumplanung hochgehalten, innovative Architektur gelebt wird und zugleich mehr bezahlbarer Wohnraum entsteht.

3. POLITIK: WIE WIR DAS SCHAFFEN.

In den kommenden Wochen des Wahlkampfes kämpft die SP Graubünden um diese zehn Forderungen und um noch vieles mehr. Das gilt für Peter Peyer genauso wie für alle KandidatInnen für den Grossen Rat. Darum will die SP die Wahlen gewinnen! Wir wollen den SP Sitz in der Regierung verteidigen und im Grossen Rat - auf dem historischen Höchststand - nochmals zulegen.

Peter Peyer ist der demokratisch bestlegitimierte Regierungsratskandidat der Schweiz. Er wurde nicht von der Geschäftsleitung seiner Partei nominiert, sondern an der Urne von der interessierten Bevölkerung Graubündens. Das ist Verpflichtung. Verpflichtung dazu, unsere Positionen den WählerInnen nachvollziehbar darzulegen. Und Verpflichtung dazu, im Wahlkampf auf mehr Basisbeteiligung und direkten Austausch mit den WählerInnen zu setzen.

Am heutigen Samstag, 19. Mai 2018, beginnt darum unsere Basiskampagne. Im direkten Gespräch mit den WählerInnen werden einerseits die Sorgen und Hoffnungen der Bevölkerung gehört. Andererseits leistet die Basiskampagne einen direkten Beitrag zur Erhöhung der Stimmbeteiligung. Rund 160 Personen sind in die Basiskampagne involviert. Sie alle glauben an den Neustart mit Peter Peyer und den GrossratskandidatInnen. Darum versuchen sie ihr Umfeld zur Wahl zu bewegen.

Den Neustart schafft kein Kandidat alleine. Nur zusammen mit dem Volk gelingt er. Genau darum geht es am 10. Juni 2018. Für den Fortschritt in Graubünden.